

II-8696 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4262 1J

A N F R A G E

1989 -09- 2 8

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Mag. Waltraud Horvath
und Genossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend karitative und humanitäre Maßnahmen Österreichs zugunsten von
der Apartheid besonders betroffener Bevölkerungsgruppen Südafrikas

Ihrer Ablehnung des südafrikanischen Apartheidsystems gibt die westliche Staatengemeinschaft nicht zuletzt durch eine Reihe karitativer und humanitärer Maßnahmen Ausdruck, durch die von den Folgen des Apartheidsystems besonders betroffene Bevölkerungsgruppen in Südafrika unterstützt werden sollen. Empfänger solcher vor allem auch finanzieller Leistungen sind vorwiegend Kirchen und andere nicht-staatliche Organisationen in Südafrika.

Den Zufluß dieser Mittel will Südafrika jetzt durch die sogenannte "Disclosure of Foreign Funding Bill" (Gesetz zur Offenlegung ausländischer Finanzierung) behindern, welche gegen den Widerstand der internationalen Staatengemeinschaft beschlossen wurde.

Die Ablehnung dieses Vorhabens vor allem auch durch die westliche Staatengemeinschaft gründet auf der Befürchtung, daß damit positive Maßnahmen in Südafrika erschwert oder überhaupt unmöglich gemacht werden. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, würde von einer Reihe westlicher Staaten die Verhängung weiterer Sanktionen gegen Südafrika in Betracht gezogen werden. Die internationale Auseinandersetzung über positive Maßnahmen zur karitativen und humanitären Unterstützung der von der Apartheid besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen in Südafrika läßt auch die Frage des österreichischen Beitrages zu diesem Ziel aktuell erscheinen.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die nachfolgende

A n f r a g e:

1. Hat Österreich finanzielle Zuwendungen zugunsten diskriminierter Bevölkerungsgruppen in Südafrika geleistet und welche Höhe haben diese Beiträge erreicht?
2. In welchem Verhältnis stehen diese Leistungen Österreichs zu denen vergleichbarer westlicher Staaten?
3. Welche weitere Maßnahmen dieser Art planen Sie für die nächste Zeit bzw. welche budgetäre Bedeckung ist dafür vorgesehen?
4. Teilen Sie die Meinung anderer westlicher Staaten, wonach durch die Anwendung des "Disclosure of Foreign Funding Bill" die karitativen und humanitären Hilfeleistungen gefährdet erscheinen?
5. Welche Schritte des Protestes gegenüber der südafrikanischen Regierung haben Sie im Zusammenhang mit der Annahme dieses Gesetzes in Südafrika gesetzt?
6. Wären Sie bereit, sich Protestmaßnahmen anderer westlicher Staaten, die die Aufhebung dieser Beschränkungen zum Ziel haben, einschließlich der Verhängung weiterer Sanktionen gegen Südafrika, anzuschließen?